



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Ziele des Bundesrates 2016

Band II

Die Ziele des Bundesrates 2016 – Band II

Bundesratsbeschluss vom 4. November 2015

Einleitung	3
Bundeskanzlei.....	4
Departement für auswärtige Angelegenheiten	6
Departement des Innern	11
Justiz- und Polizeidepartement.....	16
Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport.....	19
Finanzdepartement	21
Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung	25
Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation	28

Herausgeberin: Schweizerische Bundeskanzlei
ISSN: 1422-4518
Art.-Nr. 104.614.d

Vertrieb: BBL, Verkauf Bundespublikationen, CH-3000 Bern
www.bundespublikationen.admin.ch
Publiziert auch im Internet: www.admin.ch

Einleitung

Gemäss Artikel 51 des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes vom 21. März 1997 (RVOG) planen die Departemente ihre Tätigkeiten im Rahmen der Gesamtplanungen des Bundesrates (Legislativplanung, Jahresziele). Die Bundeskanzlei unterstützt den Bundesrat bei diesen Planungs- und Koordinationsarbeiten (vgl. Art. 30, 32 RVOG).

Die jährliche Planung der Departemente berücksichtigt nicht nur die eigenen Ziele, sondern auch die Ziele des Bundesrates für das entsprechende Jahr. Für die Festlegung ihrer eigenen Ziele sind die Departemente selber verantwortlich. Den Departementen steht es folglich frei, die Ziele des Bundesrates innerhalb des gesetzten Rahmens zu konkretisieren oder sie ohne Änderungen in den departementalen Katalog aufzunehmen. Ebenso wird der Katalog der Jahresziele des Bundesrates um zusätzliche, hauptsächlich in den Zuständigkeitsbereich der Departemente fallende Geschäfte, erweitert.

Die inhaltliche Abstimmung der Ziele spiegelt sich auch in der Form ihrer Präsentation im vorliegenden Dokument wider. Damit sich die Kommunikation auf Regierungs- und Departementsebene einfacher gestaltet, wurde eine einheitliche und zusammenfassende Darstellung der Ziele der Departemente und der zu ihrer Umsetzung vorgesehenen Massnahmen gewählt. Auf diese Weise kann ein schneller Überblick über die geplanten Aktivitäten gewonnen werden.

Die Jahresziele 2016 der eidgenössischen Departemente und der Bundeskanzlei bilden die Grundlage für den Geschäftsbericht des Bundesrates 2016 – Band II, den der Bundesrat im Frühjahr 2017 verabschieden wird.

Zeichenerklärung:

* basierend auf den Zielen des Bundesrates für das Jahr 2016

Bundeskanzlei

Ziel 1: Zielgerichtete Umsetzung der Entwicklungs- und Organisationsprozesse

- ▶ Die Entscheide des Bundesrates zum Ausbau seiner Geschäftsführungsinstrumente, seiner Aufsichtsfunktion und seines Präsidialdienstes sind bis Ende des 3. Quartals 2016 umgesetzt.
- ▶ Die Aufgaben der Bundeskanzlei im Bereich der Krisenfrüherkennung und des Krisenmanagements sind bis Ende des 3. Quartals 2016 geklärt, und strukturelle sowie prozessuale Massnahmen sind eingeleitet.

Ziel 2: Zielgerichtete und effiziente Erfüllung der Aufgaben

- ▶ Das WTO-Verfahren «Abstimmungsanalysen» ist abgeschlossen und die Analyseergebnisse werden ab dem 3. Quartal 2016 auf der Basis des gewählten Produkts veröffentlicht.
- ▶ Die Botschaft zur Legislaturplanung 2015–2019 ist verabschiedet.*
- ▶ Die Revision der Vernehmlassungsverordnung ist verabschiedet.
- ▶ Der Bericht «Veröffentlichung von Gesetzen. Rechtsverbindlichkeit der konsolidierten Fassung» (in Erfüllung des Po. Schneider-Schüttel 14.3319) ist verabschiedet.*
- ▶ Der Bericht «Synthese zur Demografiestrategie» (in Erfüllung des Po. Schneider-Schneiter 13.3697) ist verabschiedet.*
- ▶ Der Bericht «Politische Rechte von Auslandsbürgerinnen und Auslandsbürgern in verschiedenen Staaten Europas» (in Erfüllung des Po. SPK-N 14.3384) ist verabschiedet.*
- ▶ Das Detailkonzept für die Strategische Führungsübung (SFU) 17 ist dem Bundesrat bis Ende des 3. Quartals 2016 vorgelegt.

Ziel 3: Termin- und inhaltsgerechte Umsetzung der strategischen Projekte

- ▶ Die Behandlung und Genehmigung des Verpflichtungskredites für GEVER-Bund ist durch das Parlament bis Ende des 1. Quartals 2016 erfolgt und die Realisierung der IT-Plattform und der Bundesstandards bis Ende 2016 abgeschlossen. Gleichzeitig sind die terminlichen, organisatorischen, finanziellen sowie technischen Voraussetzungen für die Einführung und Migration ab Januar 2017 gewährleistet.
- ▶ Bezüglich KAV-Modernisierung ist der Primatwechsel bis zum 1. Januar 2016 realisiert und im Rahmen des Beschaffungsverfahrens für die Applikation KAVmodern der Zuschlag für die Entwicklung des Produkts bis Ende des 2. Quartals 2016 erteilt.

- ▶ Der Webauftritt der Bundeskanzlei (inkl. Intranet) ist bis Ende des 3. Quartals 2016 neu konzipiert.
- ▶ Die Hochverfügbarkeit von www.admin.ch, News Service Bund (NSB) und Bundesrechtsportal (BRP) ist bis Ende des 3. Quartals 2016 konzipiert.
- ▶ Die Ablösung von EXE ist bis Ende des 3. Quartals 2016 erfolgt und das Projekt EXE/BRC bis Ende 2016 abgeschlossen.

Departement für auswärtige Angelegenheiten

Ziel 1: Pflege und Ausbau unserer Beziehungen zu den Nachbarstaaten mit einem besonderen Augenmerk auf die Grenzregionen und raschen, nachhaltigen Lösungen bestehender Herausforderungen

- ▶ Die Schweiz hat ihre bilateralen Beziehungen zu ihren Nachbarstaaten weiter vertieft und bedarfsgerecht thematisch diversifiziert.
- ▶ Zu diesem Zweck werden verschiedene Grossereignisse wie die Eröffnung des Gotthard-Basistunnels, die Begehung des 500. Jahrestags des Friedensvertrags («Ewiger Frieden») zwischen Frankreich und der Schweiz und die Fussball-Europameisterschaft in Frankreich als Kommunikationsplattform genutzt.
- ▶ Die mehrjährige Zusammenarbeit mit den deutschsprachigen Ländern ist im Bereich der Berufsbildung sowie im Rahmen der OSZE verstärkt.

Ziel 2: Erneuerung und Vertiefung unserer Beziehungen zur Europäischen Union unter langfristiger Wahrung unseres politischen Handlungsspielraums und unserer wirtschaftlichen Interessen

- ▶ Gemeinsam mit der EU wurde eine Lösung für das Freizügigkeitsabkommen gefunden.*
- ▶ Die Botschaft über ein institutionelles Abkommen zwischen der Schweiz und der EU ist verabschiedet.*
- ▶ Ein Grundsatzentscheid über den Beitrag der Schweiz zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der EU ist getroffen.*
- ▶ Die Verhandlungen zur Assoziierung der Schweiz an das EU-Rahmenprogramm «Creative Europe» sind abgeschlossen.*
- ▶ Die weitere Teilnahme der Schweiz an den EU-Rahmenabkommen im Bereich Bildung und Forschung ist festgelegt.*
- ▶ Ein Entscheid über allfällige weitere Schritte im Hinblick auf ein mögliches Finanzdienstleistungsabkommen mit der EU ist getroffen.*
- ▶ Ein Entscheid über die Aufnahme von Verhandlungen über ein Rahmenabkommen zur Teilnahme der Schweiz an Operationen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU ist getroffen.*
- ▶ Die Botschaft über die Teilnahme der Schweiz am Fonds für die innere Sicherheit (ISF) ist verabschiedet.*
- ▶ Die Verhandlungen über die Teilnahme der Schweiz an der Prümmer Zusammenarbeit sowie betreffend den Zugang der Strafverfolgungsbehörden zur Datenbank EURODAC sind abgeschlossen.*

- ▶ Die Botschaft zum Stromabkommen mit der EU ist nach Möglichkeit verabschiedet.*
- ▶ Die Botschaft zur Genehmigung des bilateralen Abkommens mit der EU über die Verknüpfung der Emissionshandelssysteme ist nach Möglichkeit verabschiedet.*

Ziel 3: Fortsetzung und Anpassung des Engagements der Schweiz zugunsten der Stabilität in Europa, in Grenzregionen zu Europa («entferntere Nachbarschaft») und in der übrigen Welt

Völkerrecht

- ▶ Die Schweiz hat sich für eine wirksame Umsetzung der Beschlüsse der 32. Internationalen Konferenz vom Roten Kreuz und Roten Halbmond, namentlich betreffend die Stärkung der Einhaltung des humanitären Völkerrechts, eingesetzt.
- ▶ Die Schweiz setzt ihren Kampf gegen die Korruption um, namentlich basierend auf den im Tätigkeitsbericht der Interdepartementalen Arbeitsgruppe zur Korruptionsbekämpfung (IDAG Korruptionsbekämpfung) 2011–2013 enthaltenen Empfehlungen.
- ▶ Im Bereich der Terrorismus-Bekämpfung unterstützt der Bundesrat die Massnahmen der UNO für eine umfassende und ausgewogene Umsetzung ihrer globalen Anti-Terrorismus-Strategie und des Aktionsplans zur Verhinderung des gewalttätigen Extremismus. Im Rahmen des «Global Counterterrorism Forum» (GCTF) setzt sich der Bundesrat für die Erarbeitung und Weiterentwicklung von Empfehlungen und Richtlinien ein, die ein koordiniertes internationales Vorgehen bei der Prävention von gewalttätigem Extremismus, dem Kampf gegen die Rekrutierung von Terroristen sowie bei der strafrechtlichen Verfolgung von terroristischen Verbrechen erleichtern.
- ▶ Der Bundesrat unterstützt weiter den «Global Community Engagement and Resilience Fund» (GCERF) in Genf, der an der Schnittstelle von Entwicklungszusammenarbeit, Konfliktprävention und Friedensförderung die Widerstandskraft der lokalen Bevölkerung in Ländern stärkt, die von gewalttätigen Radikalisierungstendenzen bedroht sind.

Internationale Zusammenarbeit

- ▶ Der Bundesrat hat die Botschaft zur Internationalen Zusammenarbeit (IZA) 2017–2020 mit fünf Rahmenkrediten und der Gesetzesvorlage über die Weiterführung des Bundesgesetzes über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas verabschiedet.*
- ▶ In der IZA-Botschaft 2017–2020 definiert der Bundesrat die Strategie und die institutionellen Erfordernisse zur Umsetzung der neuen universellen Ziele der «Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung» und nimmt die Umsetzung der IZA-Botschaft 2013–2016 in Form eines Rechenschaftsberichts zur Kenntnis.

- ▶ Der Bundesrat hat über mehrjährige Finanzierungsbeiträge zur Festigung des schweizerischen Engagements beim Programm der Vereinten Nationen zu HIV/AIDS (UNAIDS), der Agentur der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA), der Weltgesundheitsorganisation (WHO), der Beratungsgruppe für Internationale Agrarforschung (CGIAR), über die Wiederauffüllung des konzessionären Fensters der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB) sowie des Asiatischen Entwicklungsfonds (ADF) befunden. Er hat den Beitritt der Schweiz zur Asiatischen Infrastruktur-Investitionsbank (AIIB) angestrebt.*
- ▶ Der Bundesrat hat die departementsübergreifende Kooperationsstrategie der Schweiz für Nordafrika zur Kenntnis genommen.*
- ▶ Der Bundesrat hat den dritten Bericht zum Stand der Umsetzung der Empfehlungen aus dem Grundlagenbericht Rohstoffe gutheissen.*

Sicherheitspolitik und strategische Partnerschaften

- ▶ Der Bundesrat hat seine aussenpolitische Strategie 2016–2019 verabschiedet und setzt diese um. Darin legt er unter anderem das umfassende Engagement der Schweiz im Bereich Frieden und Sicherheit fest. In der Bekämpfung aller Arten von Kriminalität unter Einschluss von Terrorismus und von Menschenhandel und in der Bewältigung von Cyber-Risiken setzt der Bundesrat einen weiteren Schwerpunkt. Auch die Schweizer Kandidatur für eine nichtständige Mitgliedschaft im UNO-Sicherheitsrat für 2023–2024 reiht sich in dieses umfassende Engagement ein.*
- ▶ In enger Zusammenarbeit mit den künftigen Präsidenschaften der OSZE – Deutschland (2016) und Österreich (2017) – engagiert sich die Schweiz weiter für eine Stärkung der OSZE und für ein Nachdenken über die Zukunft der Sicherheit in Europa. Die Schweiz leistet dabei auch gezielte Beiträge zur Stärkung der Beobachtermissionen der OSZE, namentlich in der Ostukraine.*
- ▶ Die Schweiz leistet einen Beitrag im UNO-Friedensprozess zugunsten einer politischen Lösung in Syrien.
- ▶ Die Schweiz hat ihre strategischen Partnerschaften in Afrika (u.a. mittels Formalisierung der Zusammenarbeit mit der Afrikanischen Union), Asien (namentlich mittels Unterstützung im Kampf gegen staatsübergreifende Bedrohungen und Cyber-Risiken) und Amerika vertieft. Nach dem Abschluss des Abkommens vom 14. Juli 2015 über das iranische Atomprogramm definiert und bestimmt die Schweiz ihre politische Strategie gegenüber dem Iran unter Einbezug einer regionalen Perspektive.
- ▶ Der Bundesrat hat den Bericht über die Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik der Schweiz 2016 verabschiedet.*
- ▶ Von 2016–2018 nimmt die Schweiz Einsitz im Exekutivrat der Organisation für das Verbot Chemischer Waffen (OPCW) und tritt für eine Stärkung des Chemiewaffenübereinkommens ein.*
- ▶ An der Überprüfungskonferenz des UNO-Abkommens über bestimmte konventionelle Waffen (CCW) hat sich der Bundesrat dafür engagiert, dass Herausforderungen von neuen technischen Entwicklungen im Waffenbereich thematisiert werden.*

- ▶ Die Schweiz hat die Einrichtung des ständigen Sekretariats der für die Regulierung des Waffenhandels und für die Unterbindung des illegalen Handels zuständigen Organisation in Genf unterstützt, so wie dies von der Konferenz der Vertragsstaaten des Vertrags über den Waffenhandel (Arms Trade Treaty, ATT) beschlossen wurde.
- ▶ Der Bundesrat arbeitet im Rahmen der internationalen Exportkontrollregimes auf eine kriterienbasierte, nicht-diskriminatorische Mitgliedschaftspolitik hin.*

Ziel 4: Engagement für eine bessere globale Gouvernanz mit Fokus auf Themen, in denen die Schweiz über ein besonderes Knowhow verfügt, sowie konsequente Förderung von Genf als Standort für internationale Organisationen und Veranstaltungen

Engagement für eine bessere globale Gouvernanz

- ▶ Fortsetzung der Schweizer Initiativen zur Reform der UNO (UNO-Friedensarchitektur allgemein, Arbeitsmethoden des Sicherheitsrats, Modernisierung der UNO-Verwaltung). Namentlich die Schweizer Initiative zur Erhöhung der Rechtsstaatlichkeit und für transparentere Verfahren beim Erlass und der Überprüfung von UNO-Sanktionen wurde fortgesetzt.

Schweiz als Gaststaat

- ▶ Die in der Botschaft über Massnahmen zur Stärkung der Rolle der Schweiz als Gaststaat aufgeführten Massnahmen (Einrichtung von Plattformen, Universalität der Präsenz der ständigen Missionen in Genf, usw.) werden weiter umgesetzt und weiterentwickelt.
- ▶ Drei Botschaften über die Gewährung von Darlehen zur Finanzierung von Bau- und Renovierungsarbeiten am Palais des Nations der UNO (Strategic Heritage Plan), eines Neubaus für die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und der Renovierung des Sitzgebäudes der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) sind verabschiedet.*

Menschenrechte

- ▶ Die Schweiz kandidiert für einen neuerlichen Sitz im Menschenrechtsrat 2016–2018.*
- ▶ Im Rahmen der Umsetzung der Menschenrechtsstrategie des EDA von 2015 ist ein Aktionsplan gegen Folter entwickelt, und für die künftige Schaffung eines internationalen Zentrums für Vergangenheitsarbeit und Prävention von Gräueltaten wurde ein Unterstützungsbüro eingerichtet.
- ▶ Die Schweiz hat im dritten Ausschuss der UNO-Generalversammlung die erste Resolution zur Prävention von Massenverbrechen und zur Förderung der Wahrheit, der Gerechtigkeit, der Wiedergutmachung und der Garantie für Nichtwiederholung initiiert.

- ▶ Mit dem Maison de la Paix in Genf, wo das Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik (GCSP), das Genfer Internationale Zentrum für Humanitäre Minenräumung (GICHD) und das Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte (DCAF) zusammengeführt sind, stärkt die Schweiz ihre Kompetenz in der Friedens- und Sicherheitspolitik.
- ▶ Das EDA verabschiedet seine Strategie zur Gleichstellung der Geschlechter und zur Förderung der Menschenrechte von Frauen. Zudem fördert die Schweiz das Monitoring über die Umsetzung der Resolution des UNO-Sicherheitsrates 1325 (Frauen, Frieden und Sicherheit) durch den Ausschuss für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau (CEDAW).

Ziel 5: Ausbau der Unterstützung von Schweizer Staatsangehörigen, die im Ausland wohnen, reisen oder im Ausland in Not geraten sind sowie gezielte Gefahrenprävention

- ▶ Das EDA betreibt gezielte Gefahrenprävention und wirkt auf die Bekanntheit und Nutzung seiner Reisehinweise hin, wobei es auch ein breites Publikum über die Möglichkeiten und Grenzen, für Schweizerinnen und Schweizer im Ausland Unterstützung zu leisten, informiert. Im Bedarfsfall unterstützt das EDA Schweizerinnen und Schweizer im Ausland effizient und unkompliziert.
- ▶ Das neue Auslandschweizergesetz ist umgesetzt, und die hohe Dienstleistungsqualität für die wachsende Zahl von Auslandschweizern und Auslandschweizerinnen wird namentlich unter Etablierung von Online-Lösungen sowie durch weitere mobile Passstationen sichergestellt.

Ziel 6: Realisation von Massnahmen für eine erfolgreiche Umsetzung der «Strategie Landeskommunikation 2012–2015»

- ▶ Der Bundesrat hat die «Strategie Landeskommunikation 2016–2019» verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat im Grundsatz über eine Teilnahme der Schweiz an der Weltausstellung Typ A «Dubai 2020» entschieden.*

Departement des Innern

Ziel 1: Erhöhung des Gesundheitsschutzes, Förderung der Lebensqualität und Stärkung der Chancengleichheit

- ▶ Die Vernehmlassung zur Totalrevision des Bundesgesetzes über genetische Untersuchungen beim Menschen (GUMG) ist ausgewertet. Der Bundesrat hat über das weitere Vorgehen entschieden.*
- ▶ Die «Nationale Strategie zur Prävention von nichtübertragbaren Krankheiten» ist im ersten Quartal 2016 verabschiedet. Sie fokussiert auf die Förderung eines gesunden Lebensstils und die Stärkung der gesundheitlichen Lebensbedingungen und bildet die Grundlage für die Erarbeitung von konkreten Massnahmenplänen, welche partizipativ entwickelt und in den Jahren 2017 bis 2024 umgesetzt werden.*
- ▶ Die Vernehmlassung zur Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung für die Einführung eines Referenzpreissystems im Bereich der patentabgelassenen Arzneimittel ist eröffnet. Der Bundesrat hat in der zweiten Jahreshälfte über das weitere Vorgehen entschieden.*
- ▶ Der Bericht über beabsichtigte Massnahmen zur psychischen Gesundheit in der Schweiz (in Erfüllung des Po. SGK-SR 13.3370) ist verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat die Inkraftsetzung des revidierten Unfallversicherungsgesetzes sowie die damit zusammenhängenden Ausführungsbestimmungen auf den 1. Januar 2017 beschlossen.
- ▶ Die revidierten Strahlenschutzverordnungen sind verabschiedet.
- ▶ Die revidierte Tierarzneimittelverordnung ist im ersten Quartal 2016 verabschiedet und auf den 1. März 2016 in Kraft gesetzt. Die neuen Regelungen sorgen für die Reduktion unerwünschter Arzneimittelrückstände in Lebensmitteln tierischer Herkunft und sollen Antibiotikaresistenzen minimieren.
- ▶ Der «Aktionsplan Suizidprävention» (in Erfüllung der Mo. Ingold 11.3973) ist im zweiten Halbjahr 2016 verabschiedet. Er wird gemeinsam mit den Kantonen, der Stiftung Gesundheitsförderung sowie weiteren Akteuren erarbeitet.
- ▶ Der Massnahmenplan zur «Nationalen Strategie Sucht» ist verabschiedet.
- ▶ Der Bundesrat hat in der zweiten Jahreshälfte eine Entscheidung über die Möglichkeiten zur Unterstützung der Angehörigen bei der unentgeltlichen Pflege und Betreuung kranker oder pflegebedürftiger Familienmitglieder getroffen.
- ▶ Die Vernehmlassung zur Änderung der Fortpflanzungsmedizinverordnung (zwecks Zulassung der Präimplantationsdiagnostik) ist eröffnet.
- ▶ Mit der punktuellen Revision der Arzneimittel-Werbeverordnung im ersten Quartal 2016 setzt der Bundesrat die Motion Eder 13.3393 «Swissmedic-Zulassung eines Arzneimittels als erlaubtes Werbeelement» um.

- ▶ Der Bundesrat hat den «Bericht zur Nationalen Behindertenpolitik» (in Erfüllung des Po. Lohr 13.4245) verabschiedet.*
- ▶ Der Bericht «Lebensqualität und Wohlfahrt» (in Erfüllung des Po. Hêche 14.3578) ist verabschiedet.*

Ziel 2: Eindämmung des Kostenwachstums, Erhöhung der Versorgungsqualität und der Transparenz im Gesundheitswesen

- ▶ Die Botschaft zur Genehmigung und Umsetzung der Medicrime-Konvention des Europarates ist verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat die Inkraftsetzung des Bundesgesetzes über das elektronische Patientendossier (EPDG) und der damit zusammenhängenden Ausführungsbestimmungen auf Anfang 2017 beschlossen.*
- ▶ Die erste Etappe der Revision der Verordnung über den Risikoausgleich in der Krankenversicherung (VORA; SR 832.112.1) ist verabschiedet. Als neues Kriterium im ambulanten Bereich ist per 1. Januar 2017 das Kriterium «Arzneimittelkosten im Vorjahr» eingeführt.*
- ▶ Die Verordnungsänderung betreffend die Neuordnung der Franchisenstufen in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung ist verabschiedet und wird erstmals für die Prämien 2017 angewendet.*
- ▶ Die Vernehmlassung zur Neuregelung der Leistungspflicht von komplementärmedizinischen ärztlichen Leistungen in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) ist eröffnet.*
- ▶ Die ersten Massnahmen zur Förderung der koordinierten Versorgung sind definiert.
- ▶ Das Abkommen mit der Europäischen Union im Bereich der öffentlichen Gesundheit ist paraphiert.
- ▶ Zur Umsetzung des Richtungsentscheides des Bundesrates vom 13. Mai 2015 bezüglich der Stärkung von Wirtschaftlichkeit und Qualität ist das EDI beauftragt, die Schaffung einer Health Technology Assessment-Einheit innerhalb des Bundesamtes für Gesundheit vorzusehen. Gesundheitstechnologien und medizinische Leistungen, die von der obligatorischen Krankenpflegeversicherung vergütet werden, sollen systematisch überprüft werden. Der Bundesrat wird in der ersten Jahreshälfte 2016 über die dafür notwendigen Ressourcen entscheiden.
- ▶ Die Vernehmlassung zu den Ausführungsbestimmungen des revidierten Transplantationsgesetzes ist eröffnet. Damit sollen Grenzgänger mit der Krankenversicherung in der Schweiz beispielsweise bei der Zuteilung von Organen zur Transplantation gleich behandelt werden wie Personen aus der Schweiz.

Ziel 3: Konsolidierung und Sicherung der Sozialwerke

- ▶ Die Botschaft zur Teilrevision des Bundesgesetzes vom 6. Oktober 2006 über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (EL-Reform) ist verabschiedet.*
- ▶ Die Vernehmlassung zur Modernisierung der Aufsicht über alle Sozialversicherungen im Zuständigkeitsbereich des BSV ist eröffnet.*
- ▶ Die Botschaft zur Weiterentwicklung der IV ist verabschiedet.*
- ▶ Ein Entwurf zur Änderung der Verordnung vom 18. April 1984 über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVV 2) zur Verbesserung der Transparenz bei den Vermögensverwaltungskosten ist erarbeitet.
- ▶ Die Botschaft zum Bundesgesetz über die Anstalt zur Verwaltung der Ausgleichsfonds von AHV, IV und EO ist verabschiedet.*

Ziel 4: Bekämpfung der Armut

- ▶ Der Bericht «Armutsmonitoring für die Schweiz» ist verabschiedet.

Ziel 5: Kinder-, Jugend- und Familienpolitik

- ▶ Die Botschaft zur Teilrevision des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung ist verabschiedet.*
- ▶ Der Bericht «Abbau von bürokratischen Hürden und Vorschriften bei der Kinderbetreuung im ausserfamilialen Bereich» (in Erfüllung des Po. Quadranti 13.3980) ist verabschiedet.*
- ▶ Das Aussprachepapier «Weiteres Vorgehen Regulierung im Film- und Computerspielbereich» ist verabschiedet.
- ▶ Der Bericht «Ein Kind, eine Zulage» (in Erfüllung des Po. Maury Pasquier 14.3797) ist verabschiedet.*

Ziel 6: Erneuerung und Entwicklung der Beziehungen zur EU im kulturellen Bereich

- ▶ Die Botschaft zum Abkommen zwischen der Schweiz und der EU zur Teilnahme am «Creative Europe»-Programm 2014–2020 ist nach Möglichkeit verabschiedet.*

Ziel 7: Stärkung des Zusammenhalts der Regionen und Förderung der Verständigung der unterschiedlichen Kulturen und Sprachgruppen

- ▶ Ein Aktionsplan zur Verbesserung der fahrenden Lebensweise wird mit allen beteiligten Akteuren (Kantone, Organisationen von Jenischen, Sinti und Roma) erarbeitet und vom Bundesrat verabschiedet (Bericht in Erfüllung von Po. Gysi 15.3233).*
- ▶ In Zusammenarbeit mit den Kantonen wird bis Ende 2016 ein umfassendes Konzept für einen systematischen Sprachaustausch in der obligatorischen Schule innerhalb der Schweiz ausgearbeitet und Wege für die Finanzierung dieses Konzeptes aufgezeigt (in Erfüllung des Po. WBK-N 14.3670).*
- ▶ Ein Ausbau der Förderung von Austausch und Mobilität wird, wie auch in der Kulturbotschaft 2016–2020 vorgeschlagen, insbesondere im Hinblick auf einen systematischen Sprachaustausch geprüft und erfordert möglicherweise eine Revision der Sprachenverordnung (Art. 9 SpV).*

Ziel 8: Förderung der Lohngleichheit von Frau und Mann

- ▶ Die Anzahl Kontrollen im Beschaffungswesen bei Unternehmen mit mehr als 50 Angestellten in Bezug auf die Lohngleichheit ist erhöht.
- ▶ Das 2. Nationale Treffen zur Förderung der Lohngleichheit im öffentlichen Sektor mit Mitgliedern der Exekutiven der Kantone und Gemeinden als Zielpublikum ist durchgeführt.

Ziel 9: Stärkung der Lebensmittelsicherheit

- ▶ Die Ausführungsbestimmungen zum neuen Lebensmittelgesetz sind verabschiedet.

Ziel 10: Optimierung und Weiterentwicklung der Produktion der Bundesstatistik

- ▶ Der Bundesrat hat den Bericht zum statistischen Mehrjahresprogramm 2015–2019 verabschiedet.*
- ▶ Im Rahmen des Ausbaus der Datengrundlage (Gesundheit2020) werden die ersten produktiven Erhebungen in den priorisierten Teilprojekten «Patientendaten Spital ambulant» und «Strukturdaten der Arztpraxen» bis Dezember 2016 durchgeführt (Projekt MARS).
- ▶ Das Detailkonzept zum Immobilienpreisindex wird bis Ende November 2016 erarbeitet.

Ziel 11: Errichtung eines Online-Zugangs zum Archivgut des Bundes

- ▶ Die WTO-Ausschreibungen für einen Online-Zugang zum Archivgut des Bundes und für die zugehörige Digitalisierungsinfrastruktur sind abgeschlossen.

Ziel 12: Vereinheitlichung bei den Wetterwarnungen

- ▶ Der Bericht «Notwendige Vereinheitlichungen bei den Anbietern von Unwetterwarnungen» (in Erfüllung des Po. Vogler 14.3694) ist erarbeitet.*

Justiz- und Polizeidepartement

Ziel 1: Migration und Integration

- ▶ Der Bundesrat hat die Botschaft zur Umsetzung von Art. 121a BV und Vollzugsverbesserungen beim Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat die Zusatzbotschaft zur Änderung des Ausländergesetzes (Integration) zur Anpassung an Art. 121a BV und Übernahme von fünf parlamentarischen Initiativen verabschiedet.*
- ▶ Gemeinsam mit der EU wurde eine Lösung für das Freizügigkeitsabkommen gefunden.*
- ▶ Der Bericht «Klärung der Ursachen für die Unterschiede beim kantonalen Vollzug des Abkommens über die Personenfreizügigkeit» (in Erfüllung des Po. GPK 14.4005) ist verabschiedet.*
- ▶ Die Schweiz hat sich in Europa für einen solidarischen Schlüssel zur innereuropäischen Verteilung von schutzbedürftigen Personen eingesetzt.
- ▶ Der Bundesrat hat die Ausführungsbestimmungen zur Totalrevision des Bürgerrechtsgesetzes verabschiedet.
- ▶ Die humanitäre Aufnahmeaktion Syrien mit dem Ziel, 3000 Personen während der Zeitspanne von Mitte 2015 bis Mitte 2018 aufzunehmen, verläuft plangemäss.
- ▶ Die Botschaft zur Genehmigung des Notenaustausches Schweiz/EU betreffend die Übernahme der Verordnung (EU) Nr. 515/2014 zur Schaffung des Fonds für die innere Sicherheit (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands) ist vom Bundesrat verabschiedet.*

Ziel 2: Sicherheit und Bekämpfung der Kriminalität

- ▶ Der Bundesrat hat die Botschaft zur Revision des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes (Umsetzung von Art. 123c BV, Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen) verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat die Botschaft zur Genehmigung der Europaratskonvention gegen Gewalt an Frauen und häusliche Gewalt verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat die Botschaft zum Bundesgesetz über die Harmonisierung der Strafrahmen im Strafgesetzbuch, im Militärstrafgesetz und im Nebenstrafrecht verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat die Vernehmlassung über die Genehmigung und Umsetzung des Übereinkommens des Europarates vom 16. Mai 2005 zur Verhütung des Terrorismus eröffnet.*
- ▶ Der Bundesrat hat den Bericht über die auf dem Markt erhältlichen Ausgangsstoffe, die zur Herstellung von Explosivstoffen verwendet werden können, verabschiedet.*

- ▶ Eine gesamtheitliche Übersicht über Straffälle zur Koordination interkantonaler Fallkomplexe ist erarbeitet und in den «Bericht zum Stand der Umsetzung der Nationalen Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyber-Risiken» (NCS) eingeflossen.

Ziel 3: Internationale Zusammenarbeit im Justiz- und Polizeibereich

- ▶ Die Verhandlungen betreffend die Verstärkung und Vereinfachung der Zusammenarbeit zwischen den Polizeibehörden der EU-Mitgliedstaaten (Prüm) und den Zugang der Schweizer Strafverfolgungsbehörden auf EURODAC sind abgeschlossen.*
- ▶ Die Polizeikooperationsabkommen mit Ungarn, Bulgarien und Montenegro sind unterzeichnet.
- ▶ Die der Schweiz notifizierte Weiterentwicklungen des Schengen- und Dublin-Besitzstandes sind fristgerecht übernommen und umgesetzt, oder die EU hat eine allfällige Fristüberschreitung akzeptiert.
- ▶ Die Regierungsvereinbarung mit Katar ist vom Bundesrat genehmigt.

Ziel 4: Gesellschaftlicher Zusammenhalt

- ▶ Die «Nationale Strategie für die Integrationsförderung» (Kantonale Integrationsprogramme Phase, 2018–2021 KIP II) ist vom Bundesrat verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat den Bericht zum Diskriminierungsschutzrecht (in Erfüllung des Po. Naef 12.3543) verabschiedet.
- ▶ Der Bundesrat hat vom Vernehmlassungsergebnis zur Ratifikation des Zusatzprotokolls zur europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung Kenntnis genommen und gegebenenfalls die Botschaft verabschiedet.

Ziel 5: Staatliche Institutionen

- ▶ Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Revision des Bundesgesetzes über das Öffentlichkeitsprinzip (BGÖ) eröffnet.

Ziel 6: Wirtschaftsstandort Schweiz

- ▶ Der Bundesrat hat die Botschaft zur Revision des OR (Aktienrecht, inklusive Umsetzung von Art. 95 Abs. 3 BV [Volksinitiative «gegen die Abzockerei»]) verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zu einer Regelung für ein international anerkanntes elektronisches Identifizierungsmittel (eID) eröffnet.*
- ▶ Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Revision des Datenschutzgesetzes (DSG) eröffnet.*

- ▶ Der Bundesrat hat das Vernehmlassungsergebnis zur Revision des Bundesgesetzes vom 16. Dezember 1983 über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland (Lex Koller) zur Kenntnis genommen und das weitere Vorgehen festgelegt.*
- ▶ Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zum schweizerischen Anwaltsgesetz eröffnet.
- ▶ Der Bundesrat hat das Vernehmlassungsergebnis zur Modernisierung des Urheberrechts zur Kenntnis genommen und das weitere Vorgehen festgelegt.*

Ziel 7: Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann

- ▶ Der Bundesrat hat das Vernehmlassungsergebnis zur Revision des Bundesgesetzes über die Gleichstellung von Frau und Mann (Gleichstellungsgesetz, GIG) zur Kenntnis genommen und über das weitere Vorgehen entschieden.*

Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

Ziel 1: Weiterentwicklung der Armee (WEA)

- ▶ Die angepassten Planungsarbeiten für die Umsetzung und Einführung der WEA sind unter Einhaltung der aktualisierten Vorgaben des Parlaments gewährleistet. Die rechtlichen, strukturellen, organisatorischen und personellen Voraussetzungen sind geschaffen.
- ▶ Die Umsetzungsplanung des Stationierungskonzepts der Armee wird in Abhängigkeit zum Entscheid des Bundesrates zum «Sachplan Militär» vorgenommen. Die für 2016 geplanten Massnahmen werden umgesetzt.
- ▶ Der Zahlungsrahmen für die finanziellen Mittel der Armee für die Jahre 2017–2020 ist verabschiedet.*
- ▶ Der Bericht «Nicht mehr benötigte Immobilien des VBS im Sinne der Öffentlichkeit nutzen» (in Erfüllung der Po. FK-N 13.4015 und SiK-S 11.3753) ist verabschiedet.*

Ziel 2: Projekte/Vorhaben Bereich Verteidigung

- ▶ Die Etappen des Programms «Führungsinfrastruktur, Informationstechnologie und Anbindung an die Netzinfrastruktur der Armee» (FITANIA) werden planmässig umgesetzt. Die programminterne und -externe Abstimmung zwischen den Partnern, inkl. Kostenbeteiligung, ist gewährleistet.
- ▶ Die Umsetzung der Konzeption Cyber-Defence der Armee ist in den ordentlichen Prozessen integriert und alle beteiligten Organisationseinheiten nehmen ihre Rollen wahr. Die Schnittstellen sind definiert und eingeübt. Die Cyber-Defence-Fähigkeiten der Armee haben ihre Grundbereitschaft erreicht.

Ziel 3: Beschaffungsmanagement VBS

- ▶ Die Massnahmen aus dem Projekt «Optimierung Beschaffungsprozesse» sind eingeführt. Die benötigten Auswertungen aus dem Vertragsmanagement sind verfügbar und allfällige Korrekturmassnahmen werden VBS-intern abgeleitet.

Ziel 4: Sicherheitspolitik/Sicherheitsverbund Schweiz (SVS)

- ▶ Der Sicherheitspolitische Bericht 2016 ist verabschiedet.*
- ▶ Der Sicherheitsverbund Schweiz ist operationell. Eine Geschäftsordnung für die operative Plattform liegt vor. Der erweiterte Steuerungsausschuss ist aufgelöst.
- ▶ Der Bericht der Studiengruppe Dienstpflichtsystem ist im Rahmen des Berichts «Bevölkerungsschutz und Zivilschutz 2015+» verabschiedet.*

Ziel 5: Bevölkerungsschutz und Zivilschutz

- ▶ Der Umsetzungsauftrag zum Bericht «Bevölkerungsschutz und Zivilschutz 2015+» ist erteilt.*
- ▶ Die Botschaft zur Werterhaltung des Sicherheitsfunknetzes Polycom 2030 ist verabschiedet.*
- ▶ Die Lehren aus der Sicherheitsverbandsübung 2014 werden planmässig umgesetzt. Der Bundesrat ist über den Stand der Umsetzung informiert.

Ziel 6: Nachrichtendienstgesetz

- ▶ Die Verordnungen zur Umsetzung des Nachrichtendienstgesetzes sind verabschiedet.*

Ziel 7: Sportförderung und Anpassung von Rechtsgrundlagen im Bereich Sport

- ▶ Der Aktionsplan Sportförderung des Bundes gemäss Motion WBK (13.3369) ist verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat über die mittel- und langfristige Planung der Sportinfrastruktur des Bundes entschieden.*
- ▶ Die revidierte Verordnung über die Informationssysteme des Bundes im Bereich Sport ist verabschiedet.
- ▶ Der Bericht zur Finanzierungssicherheit der Karriere von Spitzenathletinnen und Spitzenathleten (in Erfüllung des Po. WBK-N 14.3381) ist verabschiedet (im Rahmen des Aktionsplans Sportförderung Bund).*

Ziel 8: Landesvermessung

- ▶ Die neue Landeskarte im Massstab 1:50'000 in digitaler vektorieller Form ist planmässig realisiert und die Produktion erfolgreich gestartet.

Finanzdepartement

Ziel 1: Wahrung des Gleichgewichts des Bundeshaushalts

- ▶ Der Bundesrat hat die Botschaft zum Stabilisierungsprogramm 2017–2019 verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat die Botschaft zur Neuen Finanzordnung 2021 verabschiedet.*
- ▶ Die aktualisierte Gewinnausschüttungsvereinbarung ist von der Nationalbank und vom Eidg. Finanzdepartement unterzeichnet. Mit dieser Vereinbarung wird jeweils für einen bestimmten Zeitraum die Höhe der jährlichen Gewinnausschüttungen an Bund und Kantone festgelegt mit dem Ziel, diese mittelfristig zu verstetigen.
- ▶ Der Bericht zu den Langfristperspektiven der öffentlichen Haushalte ist publiziert.

Ziel 2: Stabilität und Standortattraktivität des Finanzplatzes

- ▶ Der Bundesrat hat weitere Botschaften zur bilateralen Aktivierung des AIA-Standards auf Grund des MCAA mit Partnerstaaten verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat die Verordnung zur Umsetzung des Bundesgesetzes über den internationalen automatischen Informationsaustausch in Steuersachen verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat die revidierte Steueramtshilfeverordnung zur Umsetzung des spontanen Informationsaustausches in Steuersachen verabschiedet.*
- ▶ Nach Abschluss eines FATCA-Abkommens mit den USA nach Modell 1 hat der Bundesrat die Vernehmlassung zum Abkommen eröffnet.*
- ▶ Der Bundesrat hat einen aktualisierten Bericht zu den strategischen Stossrichtungen der Finanzmarktpolitik veröffentlicht und über Vorschläge zur Optimierung des Schweizer Einlagesicherungssystems entschieden.*
- ▶ Der Bundesrat hat – im Gesamtkontext der Beziehungen der Schweiz zur EU – über das weitere Vorgehen bezüglich eines Finanzdienstleistungsabkommens mit der EU entschieden.*
- ▶ Der Bundesrat hat über Vereinbarungen mit ausgewählten Partnerländern über Erleichterungen und zur Wahrung der Marktzugangsbedingungen im Auslandgeschäft entschieden.*
- ▶ Der Bundesrat hat die Botschaft zur Revision des Steueramtshilfegesetzes (StAhiG) betreffend Modalitäten der Amtshilfe im Falle gestohlener Daten verabschiedet.
- ▶ Der Bundesrat hat die Botschaft zur Revision des Währungshilfegesetzes verabschiedet.*
- ▶ Abhängig von der Zustimmung Chinas nimmt die Schweiz an den Treffen der Finanzministerien und Notenbanken der G20 unter dem Vorsitz Chinas teil. Sie sichert sich die Teilnahme unter deutschem Vorsitz 2017.

- ▶ 2016 findet die vierte gegenseitige Evaluierung des schweizerischen Dispositives gegen Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung durch die Groupe d'action financière (GAFI) statt. Die GAFI hat den Evaluationsbericht, zu dessen Redaktion die Schweiz beigetragen hat, verabschiedet und der Bericht gibt das schweizerische Dispositiv korrekt wieder.
- ▶ Der Bericht «Analyse der Geldwäscherei- und Terrorismusfinanzierungsrisiken im Zusammenhang mit der Nutzung von Schliessfächern» ist verabschiedet.
- ▶ Der Bundesrat hat vom Vernehmlassungsergebnis zur Revision des Versicherungsvertragsgesetzes Kenntnis genommen und die Botschaft verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat eine Änderung der Eigenmittelverordnung gutgeheissen.*

Ziel 3: Attraktivität und Glaubwürdigkeit des schweizerischen Steuersystems

- ▶ Der Bundesrat hat spätestens sechs Monate nach der Volksabstimmung zur Volksinitiative «Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe» einen Modellentscheid zur Ehepaarbesteuerung gefällt. Falls keine Vernehmlassung erforderlich ist, hat er die entsprechende Botschaft verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat die Botschaft zum Bundesgesetz über die Besteuerung land- und forstwirtschaftlicher Grundstücke (Umsetzung der Mo. Müller Leo 12.3172) verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat die Botschaft zum Bundesgesetz über die steuerliche Behandlung finanzieller Sanktionen (Umsetzung der Mo. Luginbühl 14.3450) verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat die revidierte Mehrwertsteuerverordnung gutgeheissen.*
- ▶ Der Bundesrat hat den Bericht «Für eine elektronische Erhebung der Nationalstrassenabgabe (eVignette)» (in Erfüllung des Po. KVF-N 14.4002) gutgeheissen.*
- ▶ Der Bundesrat hat den Bericht «Vereinfachte Erhebung der Mehrwertsteuer beim Import von Waren. System von Dänemark» (in Erfüllung Po. WAK-N 14.3015) gutgeheissen.*

Ziel 4: Personalstrategie Bundesverwaltung 2016–2019

- ▶ Der Bundesrat hat das Umsetzungskonzept zur «Personalstrategie Bundesverwaltung 2016–2019» verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat die strategischen Sollwerte und Indikatoren für das Personalmanagement in der Bundesverwaltung festgelegt.*

Ziel 5: Öffentliches Beschaffungswesen

- ▶ Der Bundesrat hat vom Vernehmlassungsergebnis zur Revision des Bundesgesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen Kenntnis genommen und gegebenenfalls die Botschaft verabschiedet (falls die parallelen Revisionsarbeiten bei den Kantonen wie geplant voranschreiten).*

Ziel 6: Starker Franken

- ▶ Der Bundesrat hat die Berichterstattung zur «Frankenstärke» (in Erfüllung der Po. Bischof 15.3091, Rechsteiner 15.3367, Graber 15.3017 und Leutenegger Oberholzer 11.4173) gutgeheissen.*

Ziel 7: Informations- und Kommunikationstechnologien

- ▶ Der Bundesrat hat den Masterplan zur IKT-Strategie des Bundes 2016–2019 verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat das Marktmodell zum IKT-Standarddienst für Webauftritte der Bundesverwaltung (CMS) verabschiedet.
- ▶ Der Bundesrat hat das Marktmodell zum IKT-Standarddienst für die elektronische Geschäftsverwaltung (GEVER) verabschiedet.
- ▶ Unter der Bedingung, dass bis Ende 2015 ein rechtsgültiger Zuschlag für die GEVER-Software vorliegt, hat das Bundesamt für Informatik 2016 eine leistungsfähige und wirtschaftliche IT-Infrastruktur bereitgestellt, damit die neuen GEVER-Systeme ab 2017 eingeführt werden können. Die Betriebsplattform ist durch das ISCeco getestet und freigegeben und steht den Departementen und der BK für die Einführungs- und Migrationsprojekte zur Verfügung.
- ▶ Der Bundesrat hat die totalrevidierte Verordnung über die Bearbeitung von Personendaten in der Eidg. Zollverwaltung verabschiedet.
- ▶ Die Grundlagen für eine bundesweit abgestimmte Geschäfts- und Informatikarchitektur sind geschaffen: Der Bundesrat hat entsprechende Weisungen verabschiedet und über die personellen Ressourcen entschieden.
- ▶ Der Bundesrat hat festgelegt, wie in Zukunft die IKT-Infrastrukturdienste (z.B. Server, Speicher, Rechenzentren-Netzwerke) innerhalb des Rechenzentren-Verbundes bereitgestellt werden.
- ▶ Im Anschluss an den Bundesbeschluss zur Einführung der nächsten Generation der Arbeitsplatzsysteme (Programm APS2020) ist das Programm APS2020 gestartet und erste Projekte sind initialisiert: Ein Konzept zu den zukünftigen Arbeitsplatzsystemen liegt vor, erste Realisierungseinheiten sind gestartet und die erste Etappe ist gemäss Programmplan abgeschlossen.

- ▶ Ende 2016 sind sämtliche Bundesverwaltungsstandorte in der Agglomeration Bern vom alten Core-Netz auf das neu bereitgestellte Core-Netz umgeschaltet. Damit wird ein wesentlicher Teil der Umsetzung der Netzwerkstrategie Bund (UNB) umgesetzt.

Ziel 8: Grundlagenbericht Rohstoffe

- ▶ Der Bundesrat hat den dritten Bericht zum Stand der Umsetzung der Empfehlungen aus dem Grundlagenbericht Rohstoffe vom 27. März 2013 gutgeheissen.*

Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung

Ziel 1: Die Schweiz sorgt für bestmögliche wirtschaftliche Rahmenbedingungen im Inland und unterstützt so ihre Wettbewerbsfähigkeit

- ▶ Die Botschaft zum Bundesbeschluss über die finanziellen Mittel für die Landwirtschaft in den Jahren 2018–2021 ist verabschiedet.*
- ▶ Der Bericht «Gesamtschau zur mittelfristigen Weiterentwicklung der Agrarpolitik» (in Erfüllung diverser parlamentarischer Vorstösse)¹ ist verabschiedet.*
- ▶ Der Bericht «Evaluation Nutzen gentechnisch veränderter Pflanzen» ist verabschiedet.
- ▶ Der Bericht «Natürliche Lebensgrundlagen und ressourceneffiziente Produktion. Aktualisierung der Ziele» (in Erfüllung des Po. Bertschy 13.4284) ist verabschiedet.*
- ▶ Die Verordnung über die Gewährung von Steuererleichterungen im Rahmen der Regionalpolitik tritt 2016 in Kraft.*
- ▶ Die Reformmassnahmen im Rahmen der «Neuen Wachstumspolitik» werden umgesetzt.*
- ▶ Der Bericht «Für eine freie Wirtschaftsordnung. Gegen Wettbewerbsverzerrung durch Staatsunternehmen» (in Erfüllung des Po. FDP-Liberale Fraktion 12.4172) wird genehmigt.*
- ▶ Der Bundesrat hat den dritten Bericht zum Stand der Umsetzung der Empfehlungen aus dem Grundlagenbericht Rohstoffe vom 27. März 2013 gutgeheissen.*

Ziel 2: Die Schweiz bleibt führend in Bildung, Forschung und Innovation, und das inländische Arbeitskräftepotenzial wird besser ausgeschöpft

- ▶ Der Bundesrat hat die Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2017–2020 (BFI 2017–2020)² verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat die Botschaft zum weiteren Vorgehen betreffend die Schweizer Beteiligung an den Rahmenprogrammen der EU in den Bereichen Forschung und Innovation sowie die internationale Vernetzung der Schweizer Forschung und Innovation bis 2020 verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat die Botschaft zum weiteren Vorgehen betreffend die Schweizer Beteiligung an den Programmen der EU in den Bereichen Bildung, Berufsbildung und Jugend sowie die internationale Vernetzung der Schweizer Bildung bis 2020 verabschiedet.*

¹ Postulate 14.3023, 14.3514, 14.3815, 14.3618, 14.3894, 14.3991 und 14.4046.

² Mit der BFI-Botschaft werden die Postulate 12.3431 und 14.4000 abgeschrieben.

- ▶ Der Bundesrat hat die Botschaft zur Beteiligung der Schweiz an der neuen Forschungsorganisation im Bereich der Astrophysik, Cherenkov Telescope Array (CTA) verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat einen Entscheid über die Beteiligung der Schweiz an dem internationalen Verein ELI-DK AISBL (Vorbereitungsgremium für die internationale Forschungsorganisation ELI-ERIC) getroffen.
- ▶ Der Bundesrat hat den öffentlich-rechtlichen Vertrag mit der Stiftung Swiss Innovation Park abgeschlossen (Start des schweizerischen Innovationsparks).
- ▶ Die Umwandlung der KTI in eine öffentlich-rechtliche Anstalt wird weitergeführt, namentlich sind die Verordnungen und Reglemente der KTI im Hinblick auf den späteren Erlass und die bundesrätliche Genehmigung erarbeitet.
- ▶ Der Bundesrat hat über die Durchführung neuer Nationaler Forschungsprogramme (NFP) entschieden. Das Prüfverfahren ist angepasst (gegebenenfalls Revision der Forschungs- und Innovationsförderungsverordnung [V-FIFG] und der Verordnung des WBF zur Forschungs- und Innovationsförderungsverordnung [V-FIFG-WBF]).*
- ▶ Der Bundesrat hat über die allfällige Weiterführung des Masterplan Cleantech entschieden.
- ▶ Der Bericht «Verlässliche Entscheidungsgrundlagen für die Arzneimitteltherapie» (in Erfüllung des Postulats SGK-N 14.4007) ist verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat die Änderung der Verordnung zum Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetz (V-HFKG) verabschiedet.
- ▶ Der Bundesrat hat die Änderung der Verordnung über die Ergänzungsprüfung für die Zulassung von Inhaberinnen und Inhabern eines eidgenössischen Berufsmaturitätszeugnisses zu den universitären Hochschulen und die Änderung der Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Bundesrat und der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) über die Anerkennung von Maturitätszeugnissen verabschiedet.
- ▶ Der Bundesrat hat die Vereinbarung über die Zusammenarbeit des Bundes mit den Kantonen im Bildungsraum Schweiz (ZSAV BiZG) verabschiedet.
- ▶ Der Bundesrat hat die Inkraftsetzung des Weiterbildungsgesetzes auf den 1. Januar 2017 beschlossen und die entsprechende Verordnung des Bundesrates verabschiedet.*
- ▶ Der Bericht «Staatskundeunterricht auf der Sekundarstufe II» (in Erfüllung des Po. Aubert 13.3751) ist verabschiedet.*
- ▶ Der Bericht «Entwicklung innovativer Jungunternehmer» (in Erfüllung des Po. Derder 13.4237) ist verabschiedet.*
- ▶ Die Schweiz hat die Ministerratstagung der europäischen Weltraumorganisation, die Ende 2016 in Luzern stattfindet, organisiert.*
- ▶ Die Schweiz hat das BFI-Aussennetz konsolidiert und verstärkt.

Ziel 3: Die Schweiz leistet ihren Beitrag zu einer tragfähigen Weltwirtschaftsordnung und sichert ihrer Wirtschaft den Zugang zu internationalen Märkten

- ▶ Die Aussenwirtschaftsstrategie ist weiterentwickelt.*
- ▶ Die Freihandelspolitik wird durch den Ausbau des Netzes von Freihandelsabkommen und die Weiterentwicklung der bestehenden Abkommen gestärkt.*
- ▶ Das multilaterale Handelssystem ist gestärkt und weiterentwickelt, neue Beschlüsse werden umgesetzt.*
- ▶ An den Verhandlungen über ein plurilaterales Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen wird teilgenommen.*

Ziel 4: Die Schweiz stärkt ihr Engagement für die internationale Zusammenarbeit und baut ihre Rolle als Gastland internationaler Organisationen aus

- ▶ Die Schweiz bekräftigt ihren Beitrag zur Bewältigung der Armutprobleme sowie zur Minderung globaler Risiken und setzt sich für nachhaltiges Wachstum ein, das allen zu Gute kommt.
- ▶ Der Bundesrat hat die Botschaft zur internationalen Zusammenarbeit 2017–2020 verabschiedet.*
- ▶ Die Position der Schweiz in den multilateralen Institutionen, namentlich in der shareholding review der Weltbank und beim Aufbau der neuen Asiatischen Infrastruktur-Investitionsbank (AIIB), ist gefestigt.*
- ▶ Die Kooperationsstrategie der Schweiz für Nordafrika ist zur Kenntnis genommen.*

Ziel 5: Verbesserung der wohnungspolitischen Entscheidungsgrundlagen

- ▶ Der wohnungspolitische Dialog mit den Kantonen und Städten ist abgeschlossen und allfällige Anträge sind unterbreitet.
- ▶ Das Forschungsprogramm des Bundesamtes für Wohnungswesen für die Jahre 2016–2019 ist genehmigt und wird umgesetzt.

Ziel 6: Optimierung des Vollzugs des Zivildienstes

- ▶ Die Revision der Zivildienstverordnung ist durch den Bundesrat gutgeheissen und per 1. Juli 2016 in Kraft gesetzt.
- ▶ Die Teilrevision der Verordnung über das Informationssystem des Zivildienstes ist durch den Bundesrat gutgeheissen und per 1. Juli 2016 in Kraft gesetzt.

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

Ziel 1: Die Schweiz verfügt über ein finanziell solides, ausgebautes und vertragliches Verkehrsinfrastruktursystem

- ▶ Die Botschaft zur Organisation der Bahninfrastruktur (OBI) ist verabschiedet.*
- ▶ Die Botschaft zum Verpflichtungskredit für die Finanzierung des regionalen Personenverkehrs 2018–2020 ist verabschiedet.*
- ▶ Die Botschaft zur Finanzierung des Betriebs und Substanzerhalts der schweizerischen Eisenbahninfrastruktur (SBB und Privatbahnen) für 2017–2020 ist verabschiedet.*
- ▶ Die Botschaft zur Änderung des Binnenschiffahrtsgesetzes ist verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat eine Aussprache zur Reform des regionalen Personenverkehrs geführt.*
- ▶ Der Bundesrat hat vom Ergebnis der Verhandlungen mit der EU über einen Beitritt zur Europäischen Eisenbahnagentur (ERA) Kenntnis genommen und das weitere Vorgehen diskutiert.*
- ▶ Der Bundesrat hat das langfristige Netznutzungskonzept zur Trassenverteilung auf die verschiedenen Verkehrsarten im Schienenverkehr verabschiedet.
- ▶ Der Bundesrat hat die Verordnungsanpassungen zur Gesamtkonzeption des Schienengüterverkehrs in der Fläche verabschiedet.
- ▶ Der Bundesrat hat den Bericht zum internationalen Personenverkehr (Bahn/Bus) (in Erfüllung des Po. KVF-N 14.3673) verabschiedet.
- ▶ Der Bundesrat hat die Anpassung der Tarife der LSVA Kategorien für 2017 in der Schwerverkehrsabgabeverordnung (SVAV) verabschiedet.
- ▶ Das UVEK-Leitbild Mobilität ist erarbeitet.
- ▶ Die Perspektiven des schweizerischen Personen- und Güterverkehrs 2040 sind publiziert.
- ▶ Das vom Bundesrat bei der Verabschiedung des Konzeptberichts Mobility Pricing beschlossene weitere Vorgehen ist umgesetzt.
- ▶ Das 9. langfristige Bauprogramm für die Fertigstellung der Nationalstrassen ist durch den Bundesrat genehmigt.
- ▶ Vorbehältlich der Zustimmung durch das Stimmvolk wird das generelle Projekt zum zweiten Gotthard-Strassentunnel ohne Kapazitätserweiterung dem Bundesrat unterbreitet.
- ▶ Das Anhörungsverfahren zu den Vorschlägen zur Verbesserung der Fahrausbildung und Führerprüfung ist durchgeführt.
- ▶ Der Bericht zur Überwachung und Zählung der Gefahrguttransporte auf der Simplon-Passstrasse ist vom ASTRA veröffentlicht.

- ▶ Der Konzeptbericht zur Effizienzsteigerung im Strassenverkehr ist verabschiedet.
- ▶ Die spezifischen Normen, die eine bessere Steuerung der Unterhaltskosten auf dem Nationalstrassennetz erlauben, sind erarbeitet.

Ziel 2: Die weltweite Erschliessung der Schweiz auf dem Luftweg, die Rechts- und Planungssicherheit für die Schweizer Landesflughäfen sind gewährleistet

- ▶ Die Anpassung des Objektblattes des Sachplans Infrastruktur der Luftfahrt für den Flughafen Zürich (SIL 2) ist verabschiedet.*
- ▶ Die Botschaft zur Teilrevision des Luftfahrtgesetzes ist verabschiedet.*
- ▶ Der Konzeptteil des Sachplans Infrastruktur Luftfahrt für den Flugplatz Dübendorf ist angepasst.
- ▶ Die Koordinationsgespräche für den Sachplan Infrastruktur Luftfahrt für den Flughafen Genf sind abgeschlossen.
- ▶ Die notwendigen gesetzlichen Anpassungen für die Finanzierung der Flugsicherung auf Regionalflugplätzen sind in Kraft.
- ▶ Das Ausbildungsunterstützungssystem gemäss Artikel 103b Luftfahrtgesetz (LFG) ist in Betrieb.

Ziel 3: Die wirtschaftliche, nachhaltige und sichere Energieversorgung der Schweiz ist sichergestellt

- ▶ Die Botschaft zum Stromabkommen mit der EU ist nach Möglichkeit verabschiedet.*
- ▶ Die Botschaft zur Strategie Stromnetze ist verabschiedet.*
- ▶ Die Revisionen der Energieverordnung (Energieeffizienz, Förderung der Stromproduktion aus erneuerbaren Energien) sind verabschiedet.

Ziel 4: Die Schweiz trägt zur Eindämmung des Klimawandels und seiner Folgen bei

- ▶ Die Botschaft zur Genehmigung des bilateralen Abkommens mit der EU über die Verknüpfung der Emissionshandelssysteme ist nach Möglichkeit verabschiedet.*
- ▶ Die Vernehmlassung zur Revision des CO₂-Gesetzes ist eröffnet.*

Ziel 5: Die Schweiz pflegt eine optimale Raum- und Bodennutzung und sorgt für einen wirksamen Umwelt-, Kulturland- und Naturschutz, insbesondere durch eine bessere Abstimmung von Raumordnung und Infrastrukturen

- ▶ Die Vernehmlassungsvorlage zum «Aktionsplan der Strategie Biodiversität Schweiz» ist verabschiedet.*
- ▶ Die Verordnung über die raumordnungspolitische Koordination der Bundesaufgaben ist angepasst.
- ▶ Die «Strategie Nachhaltige Entwicklung 2016–2019» ist verabschiedet.*
- ▶ Der Bericht «Umgang der Schweiz mit Naturgefahren» (in Erfüllung des Po. Darbellay 12.4271) ist verabschiedet.
- ▶ Der Bericht «Multifunktionale Nutzung von Nationalstrassen. Entlastung der Landschaft» (in Erfüllung des Po. Rechsteiner 08.3017) ist verabschiedet.

Ziel 6: Die Politik bezüglich Radio und Fernsehen, Postwesen sowie Informations- und Kommunikationstechnologien ist weiterentwickelt

- ▶ Die Ergebnisse der Vernehmlassung zur ersten Revisionsstufe des Fernmeldegesetzes (FMG) sind vom Bundesrat zur Kenntnis genommen, und der Auftrag zur Ausarbeitung der Botschaft ist erteilt.*
- ▶ Der Bericht zur Evaluation des Postgesetzes (PG) ist vom Bundesrat verabschiedet.*
- ▶ Die erneuerte «Strategie für eine Informationsgesellschaft in der Schweiz» ist vom Bundesrat verabschiedet.*
- ▶ Der Bericht und das Konzept zur Definition des Service public im Medienbereich (in Erfüllung des Po. KVF-S 14.3298) sind vom Bundesrat verabschiedet.*
- ▶ Die Revision der Radio- und Fernsehverordnung ist vom Bundesrat verabschiedet und in Kraft gesetzt.*
- ▶ Die Revision der Fernmeldedienstverordnung zur Anpassung der Grundversorgung ist vom Bundesrat verabschiedet.
- ▶ Die Revision der Postverordnung zur Festlegung von Preisobergrenzen für die reservierten Dienste gemäss Art. 18 Abs. 3 Postgesetz ist vom Bundesrat verabschiedet.
- ▶ Das UVEK setzt sich für eine Verbesserung des Zugangs aller zu IKT-Infrastruktur (insbesondere Breitbandinternet) ein. Der Beitrag zu einer demokratischen, rechtsstaatlichen und partizipativen Internet Gouvernanz ist geleistet und das internationale Genf als Zentrum in diesem Bereich gestärkt.

